

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1880

14.3.1880 (No. 63)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 14. März.

No. 63.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einkaufungsgebühr: die gefaltene Petizelle oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1880.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter'm 12. März d. J. gnädigst bewogen gefunden, der Hof-Opernfängerin Bianca Schwarz, genannt Bianchi, das Prädikat einer „Kammersängerin“ zu verleihen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† Rom, 13. März. (Kammer.) Visconti Venosta kritisiert die auswärtige Politik der Linken, welche Mißtrauen erwecke und Italien isolire. Redner tadelt energisch die „Italia irredenta“, deren ohnmächtige Politik vom Lande mißbilligt werde; man könne nicht regelmäßige Freundschaftsbeziehungen unterhalten und gleichzeitig territoriale Ansprüche erheben lassen. Die Haltung der Regierung war nicht fest genug. Die für Italien passende Politik ist diejenige eines definitiv begründeten Staates, welche die ungeheure Landesmehrheit verlangt. Visconti Venosta hofft, daß das Ministerium gleicher Ansicht sei und dessen Absichten aufrichtig friedliche seien, aber er fordert eine bündige Erklärung.

Caroli sagt die demnächstige Veröffentlichung der Dokumente betreffs der Ausführung des Vertrags von Berlin zu.

† London, 13. März. Gladstone erklärte auf einer Versammlung der Liberalen zu Marylebone, daß Graf Derby sich definitiv der liberalen Partei angeschlossen habe.

† St. Petersburg, 13. März. Der Eisenbahn-Zug, mit dem der Herzog von Edinburgh abreiste, ist 400 Werst von Petersburg mit einem Güterzug zusammengestoßen; zwei Waggons wurden zertrümmert, jedoch ist kein weiteres Unglück eingetreten. — Die Oberaufsicht der dritten Abtheilung ging auf Boris Melikoff über, nachdem die Demission Dreitel's angenommen worden war. Melikoff leitet in oberster Instanz die dritte Abtheilung, deren Funktionen bestehen bleiben.

† Konstantinopel, 12. März. Die russische Botschaft verlangte auf Grund der ihr von Gortschakoff zugegangenen Weisungen die exemplarische Bestrafung des Mörders des Obersten Komaroff. Der Großvezier hat in Folge dessen angeordnet, daß die Untersuchung schleunigst zu Ende geführt werde.

† Konstantinopel, 13. März. Sawas Pascha wird voraussichtlich demnächst Lazard erklären, die Einsetzung der Kommission für die griechisch-türkische Grenzfrage sei unnötig, da die Hoffnung einer Verständigung mit Griechenland zwar noch nicht aufgegeben, er aber die persönliche Sicherheit der Kommissionsmitglieder nicht garantiren könne. Wenn die Mächte auf der Kommission bestünden, so müßte die Türkei darin ebenso vertreten sein, wie sie es bei allen internationalen Kommissionen gewesen sei.

Großherzogl. Hoftheater.

7 Karlsruhe, 12. März. Das gestern erstmals hier aufgeführte vieraktige Schauspiel „Auf der Brautschau“ von Hugo Bürgler (dem Verfasser der „Frau ohne Geist“) ging nicht ohne freundlichen Erfolg in Szene. Der Inhalt der Handlung ist in Kürze folgender. Paul Gersdorff, ein weltfahrender Lebemann in den behäbigen Verhältnissen, wird, bereits in den Dreißigen stehend, von seinem Vater nach dem Badeort St. Moritz auf die Brautschau geschickt, um wo möglich die jugendliche Hildegard, Tochter seines alten Freundes Potter, heimzuführen. Er beiläufig nicht sehr damit und macht vorläufig in einem Hotel garni die Bekanntschaft einer interessanten jungen Dame, Marie Delmont, die mit Mutter und Bruder sich daselbst eingemietet hat und die ein gemeinsamer Vorfaal ihm öfter begegnen läßt. Beide interessieren sich für einander, ohne sich dessen vorerst klar bewußt zu sein. Nicht etwa aus einem selbstsüchtigen spekultativen Interesse, sondern aus Liebe für Hildegard Potter, die bereits ihrem Better Franz Hollmann, dem Sekretär ihres Vaters, in Liebe verbunden ist, unternimmt sie es, den Brautschau-Besuch Paul Gersdorffs zu hintertreiben und so den Wünschen des jungen Liebespaars förderlich zu werden. In ihrem Eifer für solch gute Sache schießt sie aber über ihr Ziel hinaus; von Gersdorff über Hildegard ausgeholt, beiläufig sich, dieselbe so reizlos und uninteressant als möglich darzustellen, verfehlt aber eben damit ihren Zweck vollständig. Gersdorff, dem sie alle Lust zu benehmen hofft, das junge Mädchen auch nur kennen zu lernen, wittert absichtliche Entstellung und beschließt ungefühm seinen Besuch bei Potter's zu machen. Vergebliche Mühe! Auch dort begegnet er der kleinen Intriguanthin wieder und als er seine Karte dem Hausherrn zusetzt, weiß sie durch Unterschieben einer andern zu veranlassen, daß er für den Badeort ge-

Deutschland.

† Berlin, 12. März. Der Bundesrath genehmigte heute das Wucherergesetz nach den Anträgen des Justizausausschusses mit einigen Abänderungen und nahm den Antrag an, die Zollaverse für die Hansestädte von 3 auf 5 M. per Kopf der Bevölkerung zu erhöhen.

Berlin, 12. März. (Frei. Ztg.) Zu der Militärkommission wurden heute zu den Bestimmungen über die Einziehung der Ersatzreserve erster Klasse mehrere Anträge auf Erleichterung eingebracht. — Außer Lasker trat auch Schröder (Friedberg) aus der Fraktion der Nationalliberalen aus, behielt sich jedoch den Wiedereintritt vor. — Der Abg. Ziegel (Ausbach) ließ sich in der Fraktionsliste der Nationalliberalen streichen.

Der Abg. Lasker hat seinen Austritt aus der nationalliberalen Fraktion des Reichstags erklärt. Er beabsichtigt sich keiner andern Fraktion anzuschließen.

† Berlin, 12. März. Reichstag. Die Budgetkommission berichtet über die Positionen des Militäretats: 300,000 M. für den Neubau eines Kasernements für das Garde-Schützenbataillon in Lichterfelde und 140,000 für den Bau eines Kasinos bei der Kadettenanstalt daselbst. Die Kommission hält ihre Anträge auf Bewilligung aufrecht. Das Haus tritt dem Antrage bei. — Es folgt die erste Lesung des Nachtrags zum Postetat. Staatssekretär Stephan empfiehlt die Annahme der Vorlage, die im engsten Zusammenhange mit dem Postetat stehe, da die bez. Bedürfnisse sich erst zur Evidenz herausgestellt hätten, als der Etat bereits festgestellt gewesen sei. — Richter erklärt sich gegen die projektierte neue Ministerialdirektors-Stelle, deren Nothwendigkeit er bestritt. — Auch Pingen's vermag das Bedürfnis der neuen Organisation nicht anzuerkennen. — Staatssekretär Stephan vertritt nochmals die Regierungsforderung. — Der Nachtragsetat wird in zweiter Lesung mit 107 gegen 106 Stimmen angenommen. — Hierauf folgen mündliche Berichte der Budgetkommission über Theile des Postetats. Auf Anfrage Richter's theilt Bundeskommissar Kramm mit, daß allerdings die Absicht bestehe, die Zahl der Postbestellungen an Sonntagen für Berlin zu beschränken. Stumm und Pingen's sprechen sich für die projektierte Maßregel aus, welche den Wünschen des Hauses entspreche. — Richter gönnt den Beamten die Sonntagsruhe, wünscht aber, daß Briefe, die in der Nacht zum Sonntag eintreffen, am Sonntag noch bestellt werden. Wöring will bei aller Rücksicht auf die Ruhe der Beamten doch darunter die Interessen des Handels und Verkehrs nicht leiden lassen. Oberpoststrath Kramm konstatiert, daß das Vorgehen der Regierung lediglich in Resolutionen des Hauses seine Begründung habe. Stumm weist auf England hin, wo ohne Schaden für den Handel nur einmal Sonntags Briefe ausgehen würden. Sonnemann gibt der Postverwaltung anheim, für den Briefverkehr das sogenannte amerikanische System zu adoptiren. Bundeskommissar Meißner bezweifelt, daß Angehörige der verschiedenen Verkehrsstellungen in Deutschland und Amerika das amerikanische System bei uns sich einbürgere. Windthorst meint, das „Gebot“, den Sonntag zu heiligen, sei der wichtigste Gesichtspunkt; ihm müßten alle anderen Erwägungen und Bedenken sich unterordnen. — Nach weiteren Bemerkungen Frege's, Lasker's und v. Malshahn's wird die Diskussion geschlossen und das Kapitel der Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung bewilligt. Zu dem Kapitel

der Ausgaben beantragt die Kommission, die Titel 1 bis 55 unverändert zu bewilligen. Sämmtliche Titel werden nach kurzer Debatte bewilligt, worauf sich das Haus bis Samstag 1 Uhr vertagt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 12. März. (Frei. Ztg.) Ueber die Frage des Anschlusses und Bauntermins ist mit Serbien ein Einverständnis erzielt; eine Einigung über den Tarif steht noch aus. Oesterreich fordert, daß Serbien sich zu einem niedrigen, detaillirten Tarif für den Durchgangsverkehr verpflichte; Serbien bietet dagegen seine Tarife als Meistbegünstigungs-Tarife für Oesterreich an. Hierüber wird heute verhandelt.

Wien, 12. März. Das Ausscheiden des Baron Hoffmann als Reichs-Finanzminister steht fest, nur das Wann ist noch nicht entschieden, denn sein präsumptiver Nachfolger Szlavy stellt Bedingungen. Baron Hoffmann wird dem Vernehmen nach die neu zu creirende Stellung eines Generalintendanten der beiden Hofbühnen erhalten.

Ein in Ansehung befindlicher Feldmarschall-Lieutenant (Baron Prohaska) ist heute, des Betrugs angeschuldigt, in gerichtliche Haft genommen.

Die Kaiserin ist (über Passau) heute aus Irland resp. Brüssel zurückgekehrt.

Wien, 13. März. Die Verhaftung des Feldmarschall-Lieutenants Prohaska und des Liquidators des Kassenvereins, Krieghammer, erfolgte wegen unrechtmäßiger Erwerbung einer Konzession zur Errichtung einer Spielbank in San Marino.

Italien.

Rom, 8. März. Die getrige Kammer Sitzung endigte mit einem Streit zwischen Baccarini und Crispi, der nicht des Gegenstandes wegen, wohl aber um seiner heftigen Form willen bemerkenswerth ist. Man hatte eben eine kleine sicilianische Eisenbahn auf die Liste der zu unternehmenden Werke gesetzt; der Abg. Dmobei wollte das Haus veranlassen, der Bahn die normale Spurweite vorzuschreiben; Baccarini aber erklärte, daß es nach dem Geheiß dem Minister zustehe, über Breit- und Schmalspurigkeit zu entscheiden; er wolle sich die Entscheidung demgemäß vorbehalten. Nun trat Crispi auf und wollte dem Baumenter den Rath geben, sich den Dmobei'schen Antrag gefallen zu lassen. Baccarini wies ihn heftig zurück mit der Erklärung: „wir wollen uns nicht protegiren und bevormunden lassen“, worauf Crispi eben so heftig erwiderte: „wir protegiren und bevormunden nicht, aber wenn wir einem Minister mißtrauen, so stimmen wir gegen ihn“. Damit wurde die Berathung abgebrochen und auf heute vertagt; sie ist aber heute nicht wieder aufgenommen worden und das Abgeordnetenhans hat demgemäß noch keine Gelegenheit gehabt, zwischen Baccarini und Crispi zu entscheiden. Der kleine Krieg ist aber nunmehr eröffnet und der Wortwechsel zeigt, daß Crispi offenbar der Regierung lästig wird. — Crispi, der in den letzten Tagen nicht viel Freude mit seinen Versuchen, sich emporzubringen, erlebt hat, scheint es jetzt auf neuen Wegen versuchen zu wollen. Er verlegt sich jetzt darauf, die Nothwendigkeit äußerer Aktion und dementsprechend die Unerläßlichkeit größerer Ausgaben für das Heer zu predigen. Um diese möglich zu machen, würde er sogar

halten und von Hildegards hypochochrischem Papa konsultirt wird. Mariens Bitten bewegen ihn, den Irrthum vorerst gelten zu lassen, durch einen glücklichen Einfall wirkt er heilsam auf das getriebene Verhältnis Potter's und seiner Gattin ein und als das Liebesverhältnis Hildegards zu seiner Kenntniß gekommen, ist er weit entfernt, das Glück der jungen Leute stören zu wollen, die denn auch bald ihre Wünsche durch die Einwilligung der Eltern gekrönt sehen. Immer uniger aber wird Gersdorff's Interesse an Marie Delmont, das auch durch die peinlichen Zweifel, die sich ihm im Verlauf der Handlung aufdrängen, nicht gemindert wird. Er erfährt, daß Mariens Vater, einst Potter's Kompanion, als ruimter Mann gestorben, daß das bescheidene Erbe, das er den Seinen hinterließ, zum größten Theil durch Schuld der Mutter und des Bruders verlorren gegangen ist. Das kostspielige Leben, das die Familie führt, kann es durch Mariens geringes Erbtheil allein bestritten werden? Wie wird es ihr möglich, die nöthigen Mittel zu beschaffen? Verschlößen gegen Potter, gegen die eigene Mutter, erscheint sie in einem räthselhaften Lichte, und immer wieder muß Gersdorff der Erzählung des Spielers v. Saint Foye gedenken, der die junge Dame unlängst in Genf bei einer nächtlichen Zusammenkunft mit einem Fremden belauscht zu haben behauptet. Endlich entreißt das Uebermaß der Bedrängniß Marien ihr Geheimniß. Ihr leichtsinniger Bruder ist außer Stand, eine Spielschuld auf Ehrenwort zu bezahlen, die charaktersthwache Mutter dringt in sie, ihm das Geld von ihrem Erbtheil zu geben, und als selbst Gersdorff ihr ernstlich zuredet, dem Bruder in diesem dringenden Falle ihre Hilfe nicht zu versagen, erfährt er, daß ihr Erbtheil nicht mehr existirt, daß sie es hingegeben, um eine Lebensrente für ihre Mutter zu erkaufen, damit dieser ein von Entbehrungen freies Alter gesichert sei. Die erforderlichen Ausfertigungen waren ihr von dem betheiligten Geschäftsmann noch in der Nacht vor ihrer

auf den nächsten Morgen festgesetzten Abreise von Genf zugestellt worden. So ist nun das beängstigende Räthsel in der für Marie ehrenvollsten Weise gelöst, auch der letzte Zweifel ist gehoben und nichts hindert Gersdorff mehr, der Geliebten mit seiner Hand eine ihrer würdigen Lebensstellungen zu bieten und sich des beglückenden Ergebnisses seiner Brautfahrt zu freuen.

Es wird sich aus dieser kurzen Darlegung ersehen lassen, daß die Handlung nur ein bescheidenes dramatisches Interesse bietet und viel Unwahrscheinliches hat. Die Situationen erscheinen mitunter gezwungen. Das von Marie geleitete Intriguenpiel hat etwas possenhaft Muthwilliges, das mit dem tragischen Ernst ihrer Lage, wie er in den zwei letzten Akten zu Tage tritt, aber doch von Anfang an besteht, fast peinlich kontrastirt. Die schließliche Lösung dürfte nach all den vorhergegangenen Emotionen Manchem etwas matt erscheinen. Tant de bruit pour une omelette!

Die Darstellung war im Ganzen löblich. Marie Delmont wurde von Fr. Joh. Schwarz mit wirksamem Ausdruck gespielt. Hr. v. Horar (Paul Gersdorff) fiel zuweilen in einen spasmacherischen Ton, der mit dem sonstigen Charakter der Rolle nicht gut harmonirte. Zu den bessern Leistungen zählen außerdem Frau Delmont (Frau Lange), Potter (Hr. Lange), Sophie (Frau Gröffer), die wieder eine wirksame komische Charakteristik entwickelte, und der gedankhafte Roué v. Saint Foye, aus dem Hr. Schneider eine sehr ergötliche Charge gestaltete. Auch Fr. Bichler spielte die kleine Rolle der Hildegard ganz hübsch. Miß Crags, die englische Gouvernante, wurde von Fr. Wabel etwas farblos gegeben. Die Rolle des glücklich liebenden Franz Hollmann ist zu bedeutungslos, als daß sich viel darüber sagen ließe. Vielleicht hätte Hr. Hansen sie doch durch schauspielerische Zuthat einigermaßen illustriren können. Leider wurde die Durchsichtigkeit der Handlung hin und

die Aufhebung der Mahlsteuer suspendiren und so vermittelst dieser Wendung sich die Allianz der Opposition erwerben, um an deren Spitze das Ministerium zu verdrängen. Es wird abzuwarten sein, wie viele Anhänger er dabei erwirbt. (Köln. Btg.)

Frankreich.

Paris, 11. März, Abends. Im heutigen Minister-rathe wurde beschlossen, die Interpellation in der Deputirtenkammer bezüglich der Jesuitenfrage zu acceptiren, jedoch erst nachdem die zweite Lesung der Unterrichts-vorlage im Senate stattgefunden hat. Das mehrfach ange-regte Projekt einer Transaktion wurde diskutiert, aber ein-stimmig verworfen. Betreffs eventueller Maßregeln waren die Minister einig, daß der Stand der Gesetzgebung kei-nesfalls die Ausweisung der Jesuiten gestatte.

Paris, 12. März. Bei dem gestrigen Empfang im Elysee war das ganze diplomatische Corps mit Ausnahme Orléans und des russischen Botschaftspersonals anwesend. — In Marseille fand am 10. d. eine kleine Meuterei an Bord des deutschen Schiffes Titus im Ausbesserungsbassin statt. Drei Matrosen wurden verhaftet. Der Kapitän übergab die Matrosen auf Anweisung des deutschen Kon-suls der Seepolizei.

Falls man die bestehenden Gesetze wirklich streng aus-führen wird, so werden die Reaktionsäre es sehr bereuen, daß sie dem Artikel 7 ihre Zustimmung nicht gegeben. Denn nach den Gesetzen kann, wie der „Köln. Btg.“ ge-schrieben wird, die Regierung nicht allein die Jesuiten des Landes verweisen, sondern auch alle nicht anerkannten religiösen Körperschaften auflösen. Diese Gesetze, welche ungeachtet des Unterrichts-gesetzes von 1850 noch immer in Kraft sind, sind folgende: 1) Dekret vom 13./19. Februar 1790, durch welche die konstituierende Versamm-lung alle religiösen Orden abschafft, von welchen feierliche Klostergebäude abgelegt werden; 2) das Dekret von 1792, welches die vollständige Unterdrückung aller religiösen Körperschaften ausspricht; 3) das Konfordat vom 18. Gerninal des Jahres X, welches die vorstehenden Dekrete gutheißt und bestimmt, daß die allein anerkannten reli-giösen Anstalten die Kapitel für die bischöflichen Kathedra-ralen und die Seminarien, eins in jeder Diözese, sind; 4) das Dekret vom 4. Messidor des Jahres XII (22. Juni 1804), welches auf den früheren Gesetzen beruht und alle religiösen Männer- oder Frauenorden verbietet, wenn sie auch durch ein Spezialdekret ermächtigt worden; 5) die Art. 291 und 292 des Strafgesetzbuches, welche jede religiöse oder andere Gesellschaft von über 20 Per-sonen verbieten. Diese verschiedenen Gesetze sind auf alle nicht anerkannten religiösen Kongregationen anwendbar. Gegen die Jesuiten gibt es aber noch eine Reihe von Ge-setzen, welche vor 1789 erlassen wurden. Diese sind die Beschlüsse des Pariser Parlaments vom 6. August 1762, 1. Dezember 1764 und 9. Mai 1767; das Edikt von Ludwig XV. vom November 1764 und das Edikt von Ludwig XVI. vom Mai 1777. Die Gesetze gegen die Jesuiten wurden 1845 zum letzten Mal in Anwendung gebracht. Sie waren nach 1830 ganz in der Stille wie-der nach Frankreich zurückgekommen. Am 2. Mai des genannten Jahres wurde deshalb die Regierung in der Kammer von Thiers interpellirt, bei welcher Gelegenheit alle obigen Gesetze und Dekrete einer langen Debatte unterworfen wurden. Am 3. Mai wurden dieselben von der Kammer durch folgende Tagesordnung bestätigt: „Die Kammer verläßt sich auf die Regierung wegen der Aus-führung der Gesetze des Staates und geht zur Tagesord-nung über.“ Die Regierung (Guizot war damals Mi-nisterpräsident) kam dieser Aufforderung nach und die Jesuiten mußten das Land räumen. Erst unter dem Prä-sidenten Napoleon kamen sie wieder zurück und wurden seit jener Zeit so sehr begünstigt, daß sie heute wirklich eine öffentliche Gefahr sind, zumal sie über einen großen Theil der französischen Offiziere, die ihre ehemaligen Schüler sind und ihren Geboten blindlings folgen, voll-

wieder durch undeutliches Sprechen einzelner Mitwirkenden be-einträchtigt. Insbesondere waren die Reden der Frl. Joh. Schwarz in den beiden ersten Akten nur theilweise verständlich.

—k. Karlsruhe, 13. März. Fast unmittelbar hinter ein-ander drängen sich in den letzten Wochen die Vorstellungen, welche uns noch einmal in raschem Zuge die bedeutendsten Kunst-leistungen Frl. Bianchi's vorführen, ehe dieselbe für immer nach der österreichischen Kaiserstadt entleert. Mit vollen Zügen genießt denn auch unser Publikum den köstlichen Abschiedstrunk, den die Künstlerin auf solche Art Tropfen für Tropfen darbietet. Gestern war es die Rosine im Barbier von Sevilla, mit der sie ein frohes Lächeln auf das Gesicht jedes Zuhörers lockte. Man kann die von melodischem Wohlklang, Geist und Humor über-strömende Musik Rossini's kaum mit einschmeichelnderen, süßeren Tönen, mit einer größeren Lebendigkeit und Feinheit des Aus-drucks wiedergeben, als dies Frl. Bianchi gestern Abend, wie schon öfter, gethan. Mit der Extrazugabe „Forsetta“ erntete die Bravoursängerin und Gesangsvirtuosin, welche die schwierigsten Passagen, Verzierungen, Staccati mit souveräner Meisterhaftigkeit bewältigt, einen besondern glän-zenden Triumph. Mit immer gleich bleibender Jugendlichkeit scheint Herr Pauser als Figaro geeignet zu sein, so frisch und mühelos, so lebendig, mit feinstem Schattirung verstand er zu singen, mit solcher Beweglichkeit, Natürlichkeit zu spielen. Vester Anerkennung machte sich auch Herr Rosenberg für die ge-wandte gesangliche Ausführung des Almaviva verdient. Der Dialog verschiedener Darsteller war nicht frei von Ver-fälschungen, Uebersetzungen und ließ sich auch diesen Abend nach wie vor die traurige Wahrnehmung machen, daß es manche Sänger für eine größere künstlerische Ehre erachten, den Barbier von Sevilla unter Aufbietung möglichst geist- und wigloser Zuthaten als eine Posse niederster Art, statt als ein musikalisches Lust-spiel erscheinen zu lassen.

ständig verfügen können. Wie fanatisch die Jesuiten ihre Zöglinge ausbilden, ging übrigens aus den Vorgängen hervor, die nach dem Bekanntwerden der Abstimmung des Senats sich in den Pariser Jesuitenschulen zutrugen. Ueberall brach man in Jubelrufe über den Sieg im Senat aus und die wildesten Worte wurden von den jungen Leuten gegen die Republikaner ausgestoßen, welche sich nicht dem unfehlbaren Papst unterwerfen wollen. Das Verfahren, welches die Kammer unter Thiers' Leitung am 2. und 3. Mai 1845 gegen die Jesuiten verfolgte, wird wohl diesmal wieder in Anwendung kommen. Die Kammer wird eine Tagesordnung annehmen, worin sie ihre Wünsche ausdrückt, und die Regierung dieselben aus-führen. Ob man zugleich die übrigen nicht anerkannten religiösen Kongregationen, wie es das Gesetz vorschreibt, auflösen wird, bleibt indessen fraglich.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 11. März. 55. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Lamen. (Fortsetzung aus der heutigen Beilage.)

Regierungskommissär Direktor Hoff: Er sei dem Vor-redner dankbar für die Anregung, die er in dieser Sache gegeben, wenn er auch nicht glaube, daß das Haus sich bereit finden werde, für diese Budgetperiode die weiteren zwei Kreis-Schulvisitatoren zu bewilligen. Die Begrün-dung des Hrn. Vorredners könne er nur billigen. Auf die bisherige Art und Weise sei es eben unmöglich, den regelmäßigen Fortgang und Fortschritt in den einzelnen Schulen genau zu kontrolliren, ja es sei nicht einmal mög-lich, alle 2 Jahre, wie vorgeschrieben, in jeder Gemeinde eine Visitation vorzunehmen, während in andern Staaten, z. B. in Sachsen, jährlich zweimal eine solche vorge-nommen werde. Die Bedeutung, welche derartige Visita-tionen nicht nur für gute Schulen, sondern namentlich auch für die Förderung und Unterstützung mittlerer und ge-ringerer Lehrkräfte habe, brauche er gewiß nicht weiter zu erörtern. Er spreche die Hoffnung aus, daß nach zwei Jahren in unseren wirtschaftlichen Verhältnissen eine günstige Aenderung eingetreten sei, und die Vernehmung der Kreis-Schulvisitatoren in dem Hause alsdann eine günstige Aufnahme finden werde.

Abg. Strübe und Maurer verzichteten auf das Wort. Abg. Riefer legt dem Institut der Kreis-Schulvisitation eine große Bedeutung bei, er wünscht eine rasche Wieder-holung der Visitationen. Redner erklärt weiter, er müsse noch einen andern Punkt zur Sprache bringen; vor kurzer Zeit sei eine Notiz durch die Presse gegangen über die bedauerlichen Zustände, welche in den Reihen unserer jungen Lehrer herrschten; es sei hierauf ein Ministerial-erlaß erfolgt, welcher genaue Erhebungen darüber an-ordnete, ob die Lebensweise dieser jungen Beamten wirk-lich öffentliches Aergerniß gebe. Es sei jener Erlaß von der Presse, insbesondere von der „Germania“ tendenziös ausgebeutet worden, man habe darin die Unschuldigen mit den Schuldigen verurtheilt und eine eingehende Betrach-tung darüber angestellt; so weit sei es also schon in un-serem Lande gekommen; es falle ihm auf, daß die Unter-suchung durch die Bezirksämter stattgefunden habe, und wäre es ihm erwünscht, wenn die Großh. Regierung über das Ergebniß nähere Auskunft geben wolle.

Regierungskommissär Direktor Hoff: In Folge eines Erlasses Großh. Ministeriums des Innern, von dem die Großh. Oberschulbehörde eine Abschrift bekommen habe, seien in eingehender Weise, theilweise unter Mitwirkung der Kreis-Schulvisitationen durch die Bezirksämter Er-hebungen darüber gemacht worden, ob in jüngster Zeit etwa besondere Mißstände in dem Volksschulwesen, namentlich bezüglich des Betragens der Volksschullehrer zu Tage getreten seien, wie dies mehrfach beklagt worden. Das Ergebniß habe übereinstimmend mit den regelmäßigen Be-richten der Kreis-Schulvisitationen an die Oberschulbehörde; es habe sich gezeigt, daß die Verhältnisse, insbesondere das Verhalten der Lehrer einen besondern Grund zu einer Beunruhigung nicht gebe. Er müsse dem Lehrerstand das Zeugniß geben, daß er mit Pflichtigkeit und Hin-gebung seinem schweren Berufe nachkomme. Das sei nat-ürlich, daß bei einer Zahl von 3000 Lehrern manche Ungehörigkeit vorkomme, allein die Lehrer seien eben auch Menschen. Die Zunahme der Disziplinaruntersuchungen rühre daher, daß unter diesen Fällen sehr viele Ueber-tretungen des Zuchtgebotsrechts enthalten seien, während man in dieser Beziehung früher ganz entschieden milder gewesen sei.

Von den 134 Bestrafungen auf diszipl. Untersuchungen im Jahre 1879 trafen 74 auf Hauptlehrer, 60 auf Schulgehilfen; vor 10 Jahren habe die Zahl der Dis-ziplinarfälle 96 betragen; wenn man nun von diesen 134 des Jahres 1879 die Uebertretungen des Zuchtgebots-rechts — 40 an der Zahl — abrechne, so werde etwa die gleiche Zahl herauskommen wie dort. Von sämt-lichen Fällen bezogen sich nur 2 auf Bestrafung wegen unzüchtiger Handlungen, während in früheren Jahren diese schweren Fälle leider häufiger zu beklagen gewesen, Entlassungen seien 15 vorgekommen, vor 10 Jahren 12.

Nach diesem Ergebniß könne also von einer Beunruhigung wegen des sittlichen Verhaltens des Lehrerstandes keine Rede sein. Man möge bedenken, daß der junge Lehrer, wenn er aus dem Seminar herauskomme, meistens erst ein Alter von 19 Jahren habe; was mache man denn an Leute dieses Alters in andern Branchen für große An-sprüche bezüglich des Charakters; die jungen Leute wür-den eben mitten aus der ersten Zucht des Seminars in die Freiheit und in den Strom des Lebens geworfen. Ein wirksames Mittel gegen Ausschreitungen sei das, daß die Orts-Schulbehörde unter Mitwirkung des ersten Haupt-lehrers und der Geistlichen eine strenge Aufsicht über die

Dienstführung und den Wandel des Betreffenden führe, wie dies unsere gesetzlichen Bestimmungen, an die stets wieder erinnert werde, ausdrücklich vorschreiben.

Nachdem Redner noch einzelne Berichte der Bezirks-ämter dem Zuhörer nach mitgetheilt und die Durchschnitts-note des Standes der Schulen nach den Visitations-bescheiden zur Kenntniß gebracht, bemerkt er im Allge-meinen, daß es bei der verschiedenen Zahl der Visitationen in den Schulen nicht leicht genau zu konstatiren sei, ob eine entschiedene Vorwärtsbewegung der Schulen in ihren Leistungen stattgefunden habe, es solle dies künftig bei jeder einzelnen Schule besonders konstatiert werden. Er nehme übrigens Anlaß zu der erfreulichen Erklärung, daß die Beförderung der Schulen langsam aber stetig fortgehe, und wiederhole es, daß zwar Manches noch zu wünschen übrig bliebe, jedoch in keiner Weise eine beunruhigende Thatsache aufgefunden werden konnte.

Abg. Birkenmayer: So leid es ihm thue, den Gegen-satz zwischen Protestantismus und Katholizismus hervorzuheben, so müsse er heute einen Mißstand zur Sprache bringen, der unmöglich zur Kenntniß der Großh. Oberschulbehörde habe kommen können. In einige Volks-schul-Bibliotheken seien Bücher gekommen, die alles katho-lische Gefühl aufs tiefste verletzen. Redner führt die einzelnen Werke des Näheren an und ebenso die verletzen-den Stellen. Es seien dies Bücher, die in eine Volks-schule absolut nicht paßten; es sei dies ein pädagogischer und rechtlicher Mißgriff; ein pädagogischer, weil die Kin-der zur Heuchelei herangezogen würden; ein rechtlicher, weil das Schulgesetz keinen solchen Zwang kenne, daß die Kinder derartige Bücher lesen müßten. Er wiederhole es, er könne nicht glauben, daß die Oberschulbehörde Kennt-niß von diesem Mißstande hatte.

Regierungskommissär Direktor Hoff: Er glaube, daß alle Parteien der Großh. Regierung Dank wissen werden, daß sie in jüngster Zeit die Schülerbibliotheken zu fördern gesucht und auch ärmern Gemeinden eine Reihe von Büchern zur geistigen Nahrung der Schulpugend schen-weise zur Verfügung gestellt habe. Mit größter Vorsicht sei jedes Buch angesehen worden und er könne versichern, daß der Oberschulbehörde nur ein einziger Fall eines Mißgriffs bekannt geworden und alsbald Abhilfe getroffen worden sei; es seien in dem aus Versehen an eine Schulbibliothek in einer wesentlich katholischen Gemeinde geschickten Buche einige Sätze gestanden, die von katho-lischer Seite beanstandet worden konnten. Man habe das Buch sofort wieder zurückgezogen und es durch ein anderes ersetzt. Bei Schulvisitationen werde dem Gebiete nur auch die erforderliche Aufmerksamkeit zugewendet. Wenn von irgend einer Seite der Oberbehörde eine Mittheilung über ein Versehen in dieser Hinsicht gemacht würde, sei man gerne bereit, dem Mißstand alsbald abzuhelfen. Man könne überzeugt sein, daß gerade dieser Behörde nichts ferner liege, als die konfessionellen Gegensätze zu schärfen. Und eines müsse er sagen, man solle nur nicht gleich sich so aussprechen, als ob man irgend wie eine Schädigung beachtlich habe; man müsse auch in dieser Beziehung tolerant und billig sein und könne er versichern, daß in manchem Buche, das in katholischen Schulen ge-braucht worden sei, über Luther, das Deutsche Reich und Baden recht anstößige Stellen sich vorgefunden hätten. Man müsse sich eben gegenseitig etwas nachgeben, das Prinzip sei ja gewiß das, daß man kein Buch in diese Schülerbibliotheken hingenben dürfe, dessen Inhalt eine der beiden Konfessionen verletzen könnte. (Schluß folgt.)

Karlsruhe, 12. März. Fortsetzung des Berichts über die 56. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Lamen.

Am Regierungstische: Staatsminister Turban, Gene-raldirektor Eisenlohr, Ministerialrath Zittel.

Der Präsident theilt mit, daß der Berichterstatter Abg. Hoffmann in Folge Unwohlseins an der Berichter-stattung „die Nachweisungen über den Fortgang des Eisen-bahn-Baues in den Jahren 1878/79 und das Eisenbahn-bau-Budget für 1880/81 betr.“ verhindert sei und deshalb der Vorstand der Budgetkommission, Abg. Friederich, an dessen Stelle die Berichterstattung übernehme.

Mit Eintritt in die Tagesordnung, und zwar I. Berathung des Berichts der Kommission über die Nachweisungen des Fortgangs des Eisenbahn-Baues in den Jahren 1878/79

macht der Berichterstatter zunächst Mittheilungen über eine Zuschrift des Großh. Handelsministeriums, wo-nach in der Regierungsvorlage und dem Bericht der Kom-mission verschiedene Aenderungen vorzunehmen sind.

Die Anträge der Kommission „die Nachweisungen des Eisenbahn-Baues betr.“ werden angenommen.

Zu Tit. II, Ziff. 10, Appenweier, Einfeighalle und Geleiseänderung“ ergreift Abg. Schöch das Wort; von Regierungsseite Direktor Eisenlohr.

Bei Berathung des Eisenbahn-Budgets für 1880/81, Tit. I. Bau neuer Bahnen, A. Bad. Staatsbahn, wird § 1, Mannheim, Central-Güterbahnhof, ohne Debatte angenommen.

Zu § 2 ergreift Abg. Schneider das Wort. § 3 wird angenommen.

Bei § 4, Bahn von Osterburken (Siedach nach Milten-berg), erfolgt die Berathung über die Petition des Eisen-bahn-Komite's Buchen.

Kommissionsantrag: Ueberweisung der Petition an Großh. Regierung zur Kenntniznahme.

Die Abgg. Blum, Mays und Hennig stellen den Antrag: „die Kammer wolle beschließen, in § 4 statt 200,000 M. zu setzen 750,000 M.“

An der Diskussion betheiligen sich die Abgg. Blum, Hennig, Friederich und der Berichterstatter; von Regierungsseite Staatsminister Turban.

